



## Haushaltsrede 2024

Sehr geehrter Herr OB Bolay,  
Sehr geehrter Herr EBM Rommel  
Sehr geehrte Frau BM Bader,  
Sehr geehrte Bürgerschaft  
Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gremium

Zu dem Krieg an Europas Ostgrenze kommt seit einem Monat nun ein weiterer Konflikt im Nahen Osten hinzu. Die Sorge um eine weitere Zuspitzung der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten verunsichert die Menschen. Die Angst vor einem geopolitischen Flächenbrand lähmt auch die Finanzmärkte. Diese weltpolitische Lage hat Auswirkungen auch auf Investoren, es wird weniger konsumiert und es wird schon von einer deutlichen Schwächung der Konjunktur ausgegangen.

Auch uns und unsere internationale Beziehungen betreffen diese Konflikte. Ostfildern pflegt eine Städtepartnerschaft zu der Stadt Poltawa in der Ukraine, diese Beziehung ist seit Ausbruch des Krieges fast zum Erliegen gekommen. Der Austausch von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften aus unserer Stadt und dem Landkreis mit Schulen in Israel musste nach dem brutalen Terrorangriff der Hamas und dem Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen unmittelbar ausgesetzt werden und wird nun auf unbestimmte Zeit eingestellt.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Ostfildern als Zeichen der Solidarität mit Israel die Flagge vor dem Stadthaus hiebt.

### Zum Haushalt 2024

Der 50te Haushaltsplan unserer Stadt sieht alles andere als erfolversprechend aus. Der Ergebnishaushalt verzeichnet zwar einen Zuwachs zum Vergleichsjahr 2021, dem gegenüber stehen jedoch erhöhte Aufwendungen was im Ergebnishaushalt einen Abmangel von 3,8 Millionen € erwarten lässt.

Verantwortlich dafür sind stark gestiegene Personalkosten durch die Tarifsteigerungen und Transferaufwendungen von 6,6 Millionen €.

Die Kreisverwaltung will die Kommunen stärker zur Kasse bitten und hat die Erhöhung der Kreisumlage von 8,1 % eingeplant, die Entscheidung darüber fällt jedoch im Kreistag erst in den nächsten Wochen. Die Finanzverwaltung hat bei der Einbringung des Haushalts darauf hingewiesen, dass wir die Ertragsseite stärken müssen. Eine Lösung ist schwierig: unsere Haupteinnahmen sind die Gewerbesteuern und eine Erhöhung wäre in der gegenwärtigen Lage kontraproduktiv. Wir sind verstärkt auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen und werden auf die Rücklagen der Vorjahre zurückgreifen müssen. Wir haben nur wenig Handlungsspielraum zur Reduzierung der Ausgabenseite. Die Personalaufstockungen sind erforderlich und bei den Sach- und Dienstleistungen belasten besonders gestiegene Energiekosten und Inflation. Die SPD steht zu den Freiwilligkeitsleistungen im sozialen und kulturellen Bereich und wir sehen diese gerade in der aktuellen Lage als notwendig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt.

Wir tragen die prognostizierten Zahlen mit und hoffen - wie aus den Vorjahren auch - auf positive Veränderungen im Laufe des Jahres und erwarten die Überprüfung und Optimierung innerer Strukturen und einen Blick auf und die Suche nach Einsparungsmöglichkeiten.

### **Frühkindliche Bildung und Betreuung in Kita und Tagespflege**

Das große Anliegen der SPD ist, möglichst allen Kindern den Zugang zu frühkindlichen Bildung und Betreuung zu ermöglichen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern.

Der Fachkräftemangel bei den Erziehungsberufen macht uns allerdings seit Jahren auch in Ostfildern zu schaffen. Und es ist trotz erheblicher Bemühungen der Verwaltung keine entscheidende Verbesserung in Sicht, auch die Prognosen hinsichtlich fehlender Kitaplätze für Baden Württemberg sind dramatisch. Wir sind realistisch und wissen, dass aufgrund des Fachkräftemangels weiter pragmatische Lösungen zu suchen sind. Die SPD konnte die zeitliche Einschränkung des Angebots in den Kindertagesstätten mittragen, um mehr Plätze zu schaffen, die verlässlich belegt werden können. Andere von der SPD vorgeschlagene Lösungen zur Schaffung von mehr Kitaplätzen durch geringfügig verringerte Vorbereitungszeiten, wurden im Gremium abgelehnt. Wir treten weiter für eine stärkere Flexibilisierung und Beschäftigung von Mitarbeitenden ein, die die Fachkräfte in der Kita entlasten und wollen Zeiten für die frühkindlichen Bildung und Betreuung neu definieren. Der sogenannte Zukunftsparagraph ermöglicht nun diese stärkere Flexibilisierung der Standards auch von Seiten des Kommunalen Verbandes kvjs und der Landesregierung. Diese sollte nun auch in den städtischen Kitas aufgegriffen und umgesetzt werden. Alle möglichen Beschäftigungsformen für Erzieherinnen und sozialpädagogische Assistentinnen sind dabei auszuschöpfen und weitere Ausbildungsplätze und Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte anzubieten. Die Betreuung von Kindern in der Tagespflege durch entsprechend qualifizierte Personen ist ein wichtiges zusätzliches Angebot, insbesondere für kleine Kinder. Es werden derzeit 115 Kindern im U3 und Ü3 Bereich sowie auch im Schulkindbereich betreut. Dieses Angebot ist unverzichtbar, da gerade im Krippenbereich Plätze fehlen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung und Eltern haben ein Wunsch- und Wahlrecht und können - soweit überhaupt möglich - zwischen der Kindertagespflege und der Betreuung in einer Kinderbetreuungseinrichtung wählen, wobei die Tagespflege für die Kommunen deutlich preisgünstiger ist.

Tagespflegepersonen haben umfangreiche Dokumentationen und Abrechnungen zu leisten und bekommen beispielsweise weder Ausfallzeiten noch Vorbereitungszeit vergütet. Nachdem Tagespflegepersonen aus Ostfildern und der Tageselternverein die unsichere wirtschaftliche Situation und Herausforderungen der Planungssicherheit bereits im VA aufzeigten und umliegende Kommunen bessere Rahmenbedingungen anbieten, beantragen wir eine Aufstockung der kommunalen Förderungspauschale um 50€ pro Monat und Kind und die Überprüfung weiterer Förderungstatbestände.

Wir freuen uns darüber, dass der Waldorfkindergarten in Scharnhausen Richtfest feiern konnte und mit 70 Plätzen die fehlenden Angebote erweitert und begrüßen die Planung einer weiteren Kita in Nellingen Süd und eines Kindergartens in freier Trägerschaft in der Ortsmitte Kernnats.

### **Schulen - Ausbau zu Ganztagschulen vorantreiben .**

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich besteht schrittweise ab dem Schuljahr 2026|27.

Wir erinnern an unseren vor der Sommerpause eingebrachten Antrag, in dem wir Konzepte für Ganztagsbetreuung einforderten.

Die SPD befürwortet das Konzept der Ganztagschulen, die für die Eltern beitragsfrei sind. In der Schule im Park steht der aufwändige und teure Umbau vor dem Abschluss und damit gute Voraussetzungen für ein Angebot einer Ganztagschule. Wir erwarten hier, dass die Verwaltung die Schulleitung bei der Entwicklung entsprechender Konzepte unterstützt. In Kemnat werden diese Voraussetzungen mit dem anstehenden Umbau der Grundschule und dem Bau einer Mensa erst in der Zukunft geschaffen, sollten jedoch auch bald konzeptionell geplant werden.

Der Bau der Gemeinschaftsschule im Campus ist nun leider in der Planung der städtischen Immobilien weiter nach hinten gerückt. Die Erich Kästner Schule (EKS) muss sich also weiter gedulden, bis über Anbau und Planungen entschieden ist und die Bauphase beginnen kann. Die Gemeinschaftsschule ist über Ostfildern hinaus anerkannt und das Konzept sehr geschätzt, dies zeigt die große Nachfrage nach Schulplätzen auch von Auswärtigen. Wir können jedoch nicht weiter 5-zügig aufnehmen, da die räumlichen Kapazitäten bereits mittelfristig erschöpft sind. Die Schulentwicklungsplanung ging von einer 3,5-zügigen Schule aus. Wir bitten die Stadtverwaltung als Schulträger lenkend auf Schule und Schulverwaltung einzuwirken und Schüler und Schülerinnen von auswärts dann eben auf andere Schulen zu verweisen.

Digitalisierung: In unserer Haushaltsdebatte 2023 baten wir um eine Lösung des Problems der Betreuung der Hard- und Software an den Schulen. Nun erwarten wir einen Bericht über die Betreuung der IT an den Schulen, dass sich die Lehrkräfte wieder ihren originären Aufgaben zuwenden können und nicht die verantwortlichen Fachkräfte für die Digitalisierung an den Schulen bleiben.

### **Eine Vision für die nächsten Jahrzehnte...Stadtentwicklung gemeinsam planen**

Der Stadtentwicklungsprozess (STEK) wird in der Beteiligung mit der Bürgerschaft in den nächsten Wochen zum Abschluss kommen. Nach der Analyse der gegenwärtigen Situation erfolgte in den letzten zwei Jahren das Festlegen von Handlungsfeldern und Zielen. Die Experten wurden dabei von einem Bürgerforum unterstützt und die Ergebnisse immer wieder in öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt. Insbesondere das künftige Wachstum unserer Stadt ist für unsere Fraktion von Bedeutung. Wir halten eine intensive Nutzung bestehender innerörtlicher Baulücken und eine Nachverdichtung insbesondere für genossenschaftlichen und bezahlbaren Wohnraum für erforderlich. Bei der Entscheidung, ob neue Baugebiete geplant werden, ist jeweils eine schwierige Abwägung vorzunehmen. Auf der einen Seite steht der hohe Bedarf an Wohnraum. Auf der anderen Seite kann nicht unbegrenzt landwirtschaftliche Fläche und Boden versiegelt werden und sollen Grünzonen zwischen den Stadtteilen erhalten bleiben.

Das Sanierungsprogramm in Nellingen ist in der letzten Phase, in Kemnat wird die Umsetzung hoffentlich nun endlich beginnen. Das Städtebauprogramm in der Parksiedlung Mitte hat den Fokus auf den Herzog Philipp Platz. Wir hoffen, dass auch die Bevölkerungsgruppen beachtet und einbezogen werden, die mit Bürgerbeteiligungsverfahren sonst wenig Erfahrung haben.

Wir beantragen die Anpassung und Überarbeitung des Bebauungsplans Parksiedlung Mitte, der in seiner Strenge überholt ist- Ausnahmen müssen beispielsweise immer wieder einzeln genehmigt werden. Ein Beispiel ist die Genehmigung von PV Anlagen auf den Garagendächern oder auch die Bestimmungen bezüglich Einfriedungen oder die Farbgebung der Dachziegel. Hier haben sich trotz enger Bauvorschriften in der Realität deutliche Abweichungen gezeigt, die übersehen oder seitens der Verwaltung bisher toleriert wurde.

## **Mobilitätskonzept umsetzen**

Die ersten Workshops zum Mobilitätskonzept wurden bereits vor gut zwei Jahren begonnen. Inzwischen warten Beteiligte bereits ungeduldig auf die Bearbeitung und Veröffentlichung des Mobilitätskonzepts. Mobilitätswende bedeutet den Motorisierungsgrad zu reduzieren, Lebensgewohnheiten zu ändern und die Verkehrsträger zu vernetzen. Das Radverkehrskonzept ist Teil des äußerst komplexen und umfassenden Mobilitätskonzepts. Der Radschnellweg wird vom Landkreis geplant und muss jedoch kommunal abgestimmt werden.

Die öffentliche Kampagne mit der Plakatierung „Besser gemeinsam unterwegs“ begrüßen wir. Wir beantragen den „Runden Tisch Radverkehr“ mit der Stadtverwaltung und dem ADFC wieder aufleben zu lassen und mit ausreichender Vorbereitung wieder regelmäßig durchzuführen.

Ein Ringverkehr der Buslinien wurde wiederholt als eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs benannt. Wir hoffen, dass zeitnah eine Planung einer solchen Buslinie erfolgt und nicht weit in die Zukunft geschoben wird.

Die Verlängerung der Stadtbahn nach Esslingen ist ein Zukunftsprojekt. Zuletzt erfuhren wir von der Beauftragung eines Gutachtens durch den Landkreis. Wir bitten die Verwaltung um einen aktuellen Bericht zum Stand des Gutachtens.

## **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Es besteht ein riesiger Bedarf an Wohnraum in der Region und in unserer Stadt. Die gestiegenen Bau- und Energiekosten seit dem Ukrainekrieg sowie die höheren Zinsen wirken derzeit lähmend und der Erwerb von Wohneigentum bleibt für immer mehr Menschen ein Traum. Der Bund tritt für mehr Konzepte gegen Wohnungsmangel an: von Ansprüchen ist Abstand zu nehmen, kostengünstiges Bauen heißt auch niedrigere Standards zu akzeptieren. Der Bund hat die Mittel für den sozialen Wohnungsbau aufgestockt, neue Wohngemeinnützigkeit soll langfristig Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen.

Im Bereich der unteren Mieten herrscht eine besonders große Nachfrage. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen sind gerade in diesem Preissegment auf der Suche und müssen unter Umständen auch die Stadt verlassen, weil es keinen bezahlbaren Wohnraum gibt. Wir machen uns für geförderten Wohnraum stark, wie er zuletzt durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen genossenschaftlich im Gebiet Ob der Halde entstand. Bund und Länder wollen mit einem Pakt für Planungs-Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung moderne Infrastruktur ermöglichen und vorantreiben. Die Bauordnungen sollen vereinheitlicht und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Wir beantragen, dass die Verwaltung ein Leerstandsmanagement initiiert, welches die Beobachtung und Adressierung von nicht genutzten aber beziehbaren Flächen in privatem und auch öffentlichen Eigentum im Blick behält.

Familien suchen größere Wohnungen in unserer Stadt, Senioren wollen sich verkleinern. Wir regen an, dass die Verwaltung eine online Wohnungsstauschbörse einrichtet um beide Interessengruppen zusammen zu bringen. Diese Wohnungstauschbörse - wie sie bereits in Nachbarkommunen auch eingerichtet wurde-, sollte über die Homepage der Stadt beworben und bedient werden können. Ein finanzieller Anreiz könnte dieses Projekt befördern.

Die Bewältigung der steigenden Migration nach Deutschland ist im Bereich der Unterbringung und der Versorgung mit Wohnraum und der Integration eine der großen politischen Herausforderungen in Deutschland.

Beim Bund Länder Gipfel Anfang dieser Woche wurden nun Beschlüsse gefasst, die das Ziel einer stärkeren Steuerung der Migration haben. Die Aufnahme geflüchteter Menschen

fordert den städtischen Haushalt stark, ohne dass dafür Land und Bund bisher die Kosten annähernd erstatten. Der Asylkompromiss sieht nun vor, dass es ab dem kommenden Jahr durch personenbezogene Zahlungen eine Entlastung für die Kommunen geben soll. Es gibt jedoch große Skepsis, ob es durch die Maßnahmen eine baldige Verringerung der Anzahl der Geflüchteten geben kann und ob die neuen Pauschalen kostendeckend sein werden. Die Kosten für die soziale Infrastruktur bleibt weiter bei der Kommune.

Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Ostfildern konnte dies bisher mit nur temporärer Belegung von Sporthallen, durch innovative Baukonzepte, gutes Belegungsmanagement und die Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte erfolgreich stemmen. Die Unterbringung von Menschen, die schwer auf dem Wohnungsmarkt unterkommen ist und bleibt eine Mammutaufgabe. Die Stadt wird in den nächsten Jahren eine große Zahl weitere Unterkünfte schaffen müssen.

Dafür wird in den Nachbarschaften um Verständnis zu werben sein.

In Ostfildern sind wir mit dem Mentoring Projekt, dem Projekt Kinder im Fokus, eins plus B und weiteren unterstützenden Projekten der Sozialarbeit für Einzelpersonen und Familien gut aufgestellt und die Unterstützung durch die ehrenamtlich engagierten Bürger und Bürgerinnen und dem Freundeskreis Asyl ist für die Begleitung der ankommenden Menschen mit Fluchterfahrung bedeutsam und unverzichtbar. Dafür herzlichen Dank an alle ehrenamtlich Tätigen.

### **Klimaschutz als kommunale Querschnittsaufgabe**

Auch Ostfildern hat das Ziel bis 2040 klimaneutral zu werden und will die Anstrengungen um den Klimaschutz weiter beschleunigen. Wir unterstützen den umfangreichen Maßnahmenkatalog unserer Klimaschutzmanagerin mit der Auflistung möglicher Einsparpotentiale und einem erweiterten finanzielle Budget. Im Bereich Beratungsangebote und Energiemanagement ist schon Einiges angeboten und getan. Photovoltaik wird auf städtischen und privaten Gebäuden zunehmend installiert. Der erste Schritt zur Wärmeplanung ist bereits gemacht. Eine Machbarkeitsstudie für kommunale Wärmenetze wurde in Auftrag gegeben. Konkret könnte ein Fernwärmenetz in der Parksiedlung und in Nellingen entstehen.

Die Förderung der Steckersolargeräte, die die SPD im letzten Jahr beantragt und initiiert hat, ist ein riesiger Erfolg! Bereits die zweite Fördersumme war in kürzester Zeit ausgeschöpft. Der Gemeinderat hat beschlossen im neuen Jahr eine weitere Förderung aufzulegen, und Bürgerinnen und Bürger können hierzu Anträge stellen. Hier soll die Förderung nun auch nach sozialen Kriterien vergeben werden. Dies unterstützen wir ausdrücklich.

„Natur nah dran“, so heißt das Förderprojekt, bei dem öffentliche Grünflächen z.B. an Schulen oder Verkehrsinseln zu Wildpflanzenflächen umgestaltet werden. Der NABU und das Umweltministerium unterstützen das, mit Fördergeld für Kommunen, die teilnehmen wollen. Schulungen und begleitende Öffentlichkeitsarbeit gehören mit zum Paket. Auch Ostfildern kann so noch mehr tun für Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren und für bessere Anpassung an den Klimawandel. Darum beantragen wir, dass sich die Verwaltung um dieses Programm bewirbt.

### **Integration und Partizipation unterstützen**

Die SPD trat und tritt für die Partizipation von Menschen mit internationalen Wurzeln ein, das Integrationskonzept 2.0 der Stadt schlägt dies ausdrücklich vor.

Unser Antrag eines Integrationsrats, wurde seitens der Stadtverwaltung in dieser Form bisher nicht aufgegriffen auch die Städteinitiative, „unsere Städte unsere Stimme“ fand keine Mehrheit im Gremium. Diese Initiative setzt sich für Partizipation von Menschen

ohne kommunales Wahlrecht ein. Wir stehen zum Ostfilderner Integrationskonzept, halten die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt mit internationalen Wurzeln für erforderlich und werden nach der Kommunalwahl nächstes Jahr das Thema mit Nachdruck weiterverfolgen.

Der Landesverband der Migrantenvertretungen LAKA macht deutlich, dass durch Integrationsverbände in die migrantische Communities hineingewirkt werden kann. Der Integrationsrat informiert beispielsweise über rechtsextreme und ultranationalistische Einflüsse, klärt auf und arbeitet auch präventiv. Eine Migrantenvertretung wirkt bei allen wichtigen Fragen der Integration mit.

### **Jugendbeteiligung fördern**

Studien zufolge hatten junge Menschen während der Corona Pandemie das Gefühl, dass ihre Interessen und Sorgen nicht genug wahrgenommen werden.

Die Jugendbeteiligung nach § 41 Gemeindeordnung ist nun endlich institutionalisiert und eingerichtet und Jugendsprechenden nehmen an den öffentlichen und nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen teil. Wir befürworten eine aktive Beteiligung im Gremium. Die Kinder und Jugendförderung und der Fachbereich 2 unterstützen die Jugendvertretung. Nächstes Jahr können junge Erwachsene erstmals für die Kommunalwahlen mit 16 Jahren kandidieren. Mit dieser Wahlrechtsreform betritt Baden-Württemberg in Deutschland Neuland und wir freuen uns über vielfältige Listen zur Kommunalwahl 2024 und bald auch jüngere Gesichter im Gremium.

### **Demographische Wandel: Betreuung, Pflege von älteren Bürgerinnen und Bürgern sichern**

Die wachsende Zahl älterer Menschen hat Konsequenzen für die Lebensbedingungen in den Stadtteilen in Ostfildern. Die Nachfrage nach Pflegeeinrichtungen hält an und neben den bestehenden Angeboten und Einrichtungen des Samariterstifts entstanden in den letzten Jahren die mit städtischer Unterstützung selbstverwalteten kleinen Wohngemeinschaften Lichtblick und Zusammen(h)alt. Weitere Einrichtungen sollen in den Stadtteilen als dezentrale Einheiten und kleine stationäre Einrichtungen folgen, um den prognostizierten hohen Bedarf decken zu können. Zu prüfen ist, ob auch ein weiteres größeres Pflegeheim erforderlich ist

Die Tagespflege ist ein wichtiges teilstationäres Angebot für alte Menschen, die unter der Woche dort tagsüber Betreuung und Pflege erhalten und nicht auf die vollstationäre Unterbringung angewiesen sind. Die beiden Tagespflegeeinrichtungen in Ruit und im Scharnhauser Park arbeiten unter städtischer Trägerschaft und sind jedoch nicht kostendeckend. Wir beantragen einen differenzierten Bericht über die Auslastung und eine grundsätzliche Überprüfung der Finanzierung dieses Angebots in städtischer Trägerschaft.

Ein Baustein der Altenhilfeplanung im offenen Bereich ist die Arbeit der Treffpunkte und das sogenannte Quartiersmanagement. Vor einigen Wochen konnte der Gemeinderat auch diese Arbeit näher kennenlernen. Wir unterstützen die unterschiedlichen Konzepte, - von der Förderung von Begegnungs- und Bewegungsangebote über Initiierung von fairteiler bis hin zu Einzelberatung und Mittagstisch- die die Treffpunkte in den Stadtteilen verfolgen und hoffen auf mehr ehrenamtliche Unterstützung zur Sicherung der Mittagstische.

### **Armuts- und Sozialbericht erarbeiten**

Bereits im letzten Jahr hat die SPD Fraktion beantragt, dass ein Armutsbericht erstellt wird, um aufzuzeigen wie die soziale Lagen in Ostfildern sind und welche Personengruppen besonders von niedrigem Einkommen und mangelnden

Teilhabemöglichkeiten betroffen sind. Nicht Erwerbstätige, Alleinerziehende, Haushalte mit mehreren Kindern und Menschen mit internationaler Biographie sind bundesweit überproportional von Armut betroffen. Menschen in prekären Lebenslagen beziehen auf Antrag Sozialtransferleistungen wie beispielsweise Bürgergeld und Wohngeld und können in der Stadt auch Vergünstigungen aus dem Ostfildernpass erhalten und im Tafelladen einkaufen.

Wir haben nun erfahren, dass ein Armuts- und Sozialbericht in Arbeit ist und hoffen diesen in einer der nächsten Sitzungsrunden im Gremium beraten zu können.

### **Demokratie gegen Rassismus und Antisemitismus stärken**

In Ostfildern darf es keinen Platz für Rassismus und Antisemitismus geben. Die Reaktionen auf Social Media nach dem terroristischen Überfall und Massaker in Dörfern in Israel und der Diebstahl der israelischen Flagge am Stadthaus geben uns zu denken. Unser Programm Partnerschaft für Demokratie, welches aus Mitteln der Bundesregierung hauptsächlich finanziert wird, kann hier durch Fachveranstaltungen präventive Angebote machen. Den Hauptauftrag haben jedoch die Elternhäuser, die Schulen und die offene und verbandliche Jugendarbeit, um Desinformationen entgegenzuwirken. Wir sind in Sorge, dass Jugendliche extremistischen Einflüssen ausgesetzt sind, sich von der Mehrheitsgesellschaft abwenden und nur noch schwierig erreicht werden. Wir bitten in diesem Zusammenhang auch um Informationen zu den pädagogischen Aktivitäten der in Ostfildern wirkenden Islamverbände und zu der gegenwärtigen Zusammenarbeit zwischen den Religionsgemeinschaften in unserer Stadt.

Wir bedanken uns bei den vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Vereinen, Gruppen und Kirchen engagieren und so unsere Stadtgesellschaft stützen und stärken. Wir bedanken uns ebenso bei den Steuerzahlenden.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung aller Ebenen und insbesondere bei Herrn Rommel und Herrn Weissbarth für die Erstellung des Haushaltsplans und unseren Kolleg\*innen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit.

8.11.2023

Für die SPD Fraktion

Stefanie Sekler-Dengler